



DIE KLINIK PRESSE

Mai 2021

Weitere Infos und Kontakt: essen.dkp.de

Mehr Lohn und Gesundheitsschutz – wir werden dafür kämpfen müssen

Auch wenn das längst vergangene Klatschen auf dem Balkon für die systemrelevanten Berufe einem mittlerweile eher die Wut ins Gesicht treibt als freudige Erinnerungen auslöst, kann man feststellen, dass es mehr Aufmerksamkeit gibt für Pflegekräfte. Dass ein Krankenhaus nur mit Pflegekräften nicht funktioniert, wird schnell vergessen. Reinigungskräfte, Krankentransport, Beschäftigte im Labor und viele andere Berufsgruppen sind häufig nicht mal eine Randnotiz wert. Und auch Pflegekräfte lernen gerade, wie wenig die öffentliche Stimmung hilft.

Drei Beweise aus der letzten Zeit?

1. Die Caritas verweigert hundert-tausenden Pflegekräften eine Lohnuntergrenze.
2. Der Heliosvorstand kündigt während laufender Tarifverhandlungen die Zulage für Pflegekräfte und will sie in den Funktionsbereichen halbieren.
3. Bei den kommunalen Krankenhäusern kündigte der Arbeitgeberverband an, dass die erstreikte Lohn-erhöhung zum 1. April nicht ausgezahlt werden sollte.

Unfassbar? Nein, sondern *konsequent und lehrreich.*

Konsequent, weil im kapitalistischen Wirtschaftssystem Profit gemacht werden muss. Und das gilt nicht

nur für Helios, sondern

damit das System weiter funktioniert, auch für kirchliche und öffentliche Krankenhäuser. Die DRGs geben der Gesundheitsversorgung Preise, und je geringer die Lohnkosten sind, desto mehr Gewinne

können damit gemacht werden. Umso wichtiger, öffentliche Stimmung für höhere Löhne zu machen und auch Druck von außen – also nicht nur aus dem UKE – zu machen.



Lehrreich, weil es uns zeigt, was notwendig ist, damit sich etwas verbessert im Krankenhaus.

Und das werden harte Auseinandersetzungen sein, in denen wir streiken müssen, damit eine ordentliche Lohnerhöhung rauskommt und sich die Arbeitsbedingungen endlich verbessern.

In der Tarifrunde der kommunalen Krankenhäuser (TVöD) im Herbst 2020 haben die Arbeitgeber darauf spekuliert, dass die Beschäftigten und ver.di aufgrund der steigenden Corona-Zahlen nicht streiken. Gut, dass unserer Kolleginnen und Kollegen dort die richtigen Antworten parat hatten und trotzdem in den Arbeitskampf gegangen sind.

Im Herbst/Winter dieses Jahres geht es in unserer Tarifrunde (TV-L) um die Forderungen der Landesbeschäftigten mit bundesweit 17 Unikliniken! Wir werden genauso wie bei den Kommunen oder sogar noch stärker für unsere Forderungen kämpfen müssen. Lasst uns die Aufmerksamkeit für den Gesundheitssektor nutzen und die politisch Verantwortlichen öffentlich mit ihren Versprechen konfrontieren. Lasst uns gemeinsam mit Initiativen wie z.B. Zero Covid (www.zero-covid.org) für wirksamen Infektionsschutz und Entlastung kämpfen.

Lasst uns den Herrschenden zeigen, dass es an uns liegt, ob ein Krankenhaus läuft. Oder – wie im Streik - eben nicht!



Krankenhäuser retten – Bürgerbegehren jetzt

Interview mit Petra Bäuml-Schlackmann und Jutta Markowski

Wir sprachen mit zwei Sprecherinnen der Bürgerinitiative gegen Krankenhausschließungen im Essener Norden, Initiatorinnen des Bürgerbegehrens für Krankenhäuser im Essener Norden, Jutta Markowski (ver.di-Vertrauensfrau und Betriebsrätin in einem Krankenhaus) und Petra Bäuml-Schlackmann, (ver.di Vertrauensfrau und stellv. Vorsitzende des Personalrats am UKE)

Frage: *Ihr habt eine Klage gegen die Stadt Essen gewonnen! Sie muss nun eine Kostenschätzung vornehmen. Mein Sohn ist bald mit seiner Krankenpflegeausbildung fertig. Soll er sich schon mal bei der Stadt bewerben?* (Beide lachen)

Petra: Na ja, vielleicht kann er ja zunächst mal bei uns am UKE anfangen, ein bisschen Praxiserfahrung sammeln. Aber im Ernst: zunächst müssen wir abwarten, wann die Stadt uns endlich die Kostenschätzung vorlegt. Dann können wir mit der Sammlung von Unterschriften für unser Bürgerbegehren beginnen.

Jutta: Dass die Bürgerinnen der Stadt Essen selbst entscheiden sollen, wie sie sich eine Gesundheitsversorgung vorstellen,

ist von der Stadtspitze nicht gewollt. Deswegen müssen wir starken politischen Druck aufbauen.

Petra: ...und da haben wir auch schon einiges geschafft: die vielen Aktionen der letzten Wochen haben für große Aufmerksamkeit gesorgt.

Jutta: Im Februar haben wir einen Autokorso gemacht: der Zuspruch war enorm – und das Bündnis ist noch breiter und aktiver geworden.

Frage an Petra: *Du bist am UKE im Personalrat, was hast Du mit den Krankenhäusern im Essener Norden am Hut?*

Petra: Zum einen ist zu befürchten, dass sich die Schließung der Krankenhäuser auch in Gestalt von Mehrbelastung hier am UKE auswirken wird, z. B. im onkologischen Bereich. Uns treibt aber ein gewerkschaftlicher Ansatz an, der Gesundheitspolitik gesamtgesellschaftlich in den Blick nimmt.

Jutta: Mit der Schließung der Krankenhäuser thematisieren wir auch die Privatisierung des Gesundheitswesens: mit Gesundheit darf kein Profit gemacht werden! Deswegen beziehen wir in unseren Aktionen auch die Volksinitiative „Gesunde Krankenhäuser NRW“ mit ein.



Foto: P. Köster

Diese wendet sich z. B. auch gegen das DRG – Fallpauschalensystem und für eine wohnortnahe Versorgung, eine andere Krankenhausplanung.

Petra: Mit dem „großen Plan“ der Volksinitiative werden wir auch den Minimalangeboten der Stadt wie ein „Ambulantes Gesundheitszentrum“ entgegenreten.

Jutta: Die Menschen im Norden sind wirklich in Sorge. Wir brauchen eine wohnortnahe stationäre Versorgung, dann nehmen wir auch den uns angebotenen Gesundheitskiosk obendrauf.



Foto: P. Köster



**KRANKENHAUS
ENTSCHEID**

Versorgung sichern
Krankenhäuser retten

Der KrankenhausEntscheid Essen „Krankenhäuser retten—Versorgung sichern“ ist eine Initiative für ein Bürgerbegehren zur Sicherstellung der klinischen Versorgung und der rettungsdienstlichen, notärztlichen Versorgung des nördlichen Stadtgebietes.

Bald geht es los mit Unterschriften sammeln für den Bürgerentscheid.

Listen zum selber sammeln können hier angefordert werden:

info@krankenhausentscheid-essen.de

krankenhausentscheid-essen.de
auch bei facebook

Werner auf Abwegen

Professor Werner auf Abwegen: Am 7. April erklärte der Vorstandsvorsitzende der Uniklinik bei Stern TV, das Klinikpersonal müsse so lange und gut wie möglich entlastet werden. Vielleicht geht es ja nur uns so: Das haben wir im Entlastungsstreik 2018 irgendwie anders erlebt. Auch im Arbeitsalltag hier am Klinikum spürt man von seinen salbungsvollen Worten leider nichts.

Aufzugchaos in der Kinderklinik

Weil der Bettenaufzug in der Kinderklinik defekt war, mussten mitten in der Pandemie Betten der Stationen K5 und K6 in die Frauenklinik ausgelagert werden. Das dauerte wochenlang, weil Ersatzteile aufwändig aus den USA geliefert werden mussten. Ein super Gesellschaftssystem, wo ein Krankenhausaufzug von einer tausende von Kilometern entfernten privaten Firma abhängig ist. Auslöffeln durften das entstandene Chaos natürlich die Kolleginnen und Kollegen der betroffenen Stationen.



Ausbildungsqualität im Sinkflug?

Außergewöhnlich viele Auszubildende im Pflegedienst haben dieses Frühjahr ihr Examen nicht bestanden. Gleichzeitig wurde vergleichsweise vielen Azubis aus dem Oktoberkurs 2020 wegen ihrer Theorienoten in der Probezeit gekündigt. Schon vorher hatte es unter den Azubis rumort, weil mit dem E-Learning in Corona-Zeiten viele Probleme verbunden sind. Augenscheinlich gelingt es dem Smart Hospital nicht, digital die gleiche Ausbildungsqualität zu bieten.



**1400€
pro Monat**
Für ein Jahr bei der Bundeswehr

**360€
pro Monat**
Für ein FSJ bei einem Krankenhaus

Wahnsinn in Zahlen

1400 Euro

Das soll die monatliche Vergütung bei einem freiwilligen Bundeswehrjahr für junge Leute werden. Als FSJler oder FSJlerin im Krankenhaus verdient man im Schnitt derzeit monatlich 360 Euro. Wir finden: Ein schönes Beispiel, welche Prioritäten die Bundesregierung setzt.

Demokratische Grundrechte verteidigen Heraus zum 1. Mai!

Der Landtag NRW will nach den Sommerferien ein neues Versammlungsgesetz beschließen. Darin verankert werden soll auch ein „Militanzverbot“. Worum geht es dabei genau? Menschen, die in gleicher Kleidung zu Aktionen oder Demonstrationen kommen, können von der Polizei an einer Teilnahme gehindert werden. Widersetzen sie sich, drohen strafrechtliche Konsequenzen. Doch nicht nur das. Auch Proteste zur Verhinderung von Naziaufmärschen sollen verboten werden, Anmelder von Demonstrationen müssen öffentlich ihren Namen angeben und die Polizei entscheidet, wer als

Demo-Ordner zugelassen wird. Das Gesetz richtet sich gegen Klimaaktivisten von „Ende Gelände“, gegen Proteste bei Naziaufmärschen oder eben auch gegen Aktionen der Gewerkschaft, zum Beispiel Streiks. Denn ein einheitliches Auftreten, zum Beispiel mit ver.di-Westen, wäre mit dem neuen Gesetz verboten.

Aktuell formiert sich Widerstand gegen das neue Versammlungsgesetz. Antifaschistische Bündnisse, Gewerkschaften und auch Fußball-Fanclubs wollen gemeinsam mobil machen. Umso wichtiger, am 1. Mai auf die Straße zu gehen und zu zeigen, was wir von diesem Einschnitt in unsere Grundrechte halten.



Schaut mal rein!

www.uzshop.de

T-Shirts • Kapuzenpullover • Fahnen • Bücher Broschüren
Tassen • CDs • DVDs • Tragetaschen • Antiquariat und mehr

Diana Kummer,
*Physiotherapeutin
in einer Gerontopsychiatrie, 34
Jahre, Betriebsrätin, ver.di-Mitglied
und wohnt in Frohnhausen*

Demokratie ausgesetzt in der Pandemie?

Ich möchte für die DKP im Wahlkreis 120 zur Bundestagswahl antreten. Die DKP muss jedoch für eine Direktkandidatur 200, für eine Landesliste in NRW 2.000 Unterschriften sammeln. Und das in Zeiten einer Pandemie! Ist das nicht verrückt? Corona hilft also nicht nur Aktionären, sich ihre Taschen noch mehr zu füllen und viele Menschen durch Kurzarbeit oder Arbeitsplatzverlust in die Armut zu treiben, sondern auch, demokratische Rechte zu beschneiden.

Deshalb bitten wir Dich und Sie um Unterstützung!

Auf essen.dkp.de/bundestagswahl-2021 sind Formulare zur Unterstützung unserer Kandidatur in den drei Essener Wahlkreisen (118, 119, 120) sowie für die Landesliste NRW. Wer unseren Wahlantritt unterstützt, muss uns nicht wählen – auch wenn wir nichts dagegen haben. Leider kann die Unterschrift nicht online geleistet werden, das entsprechende Formular muss ausgedruckt, ausgefüllt und an uns geschickt werden.

***Ja, ist ein kleiner
Aufwand.
Und große
Solidarität!
Danke***



ICH WILL ...

- Infos zur DKP und ihrem Programm*
- Kontakt zu einer DKP-Betriebsgruppe am UKE*
- Die Zeitung „Unsere Zeit“ der DKP kennenlernen.*

Name, Vorname:

E-Mailadresse:

Telefon:

*(bei gewünschter
tel. Kontaktaufnahme)*

Bitte senden an Hoffnungsstraße 18, 45127 Essen

Tel.: 02 01- 17 78 89 0

E-Mail dkp.frohn_holsterhausen@posteo.de

 DKP Essen

 [dkp_essen](https://www.instagram.com/dkp_essen)

www.dkp.de